

Fortsetzung von Seite 8

«Die Frage ist, ob die Schweiz eine direkte Demokratie bleibt»

Gesetze der Verkehrsphysik genutzt. Vereinfacht gesagt, nimmt das System vorweg, wie viele Autos die Strasse abfertigen muss. Diese Lösung ist insofern interessant, weil sie lokal viel flexibler auf drohende Staus reagieren kann. Die Stadt Dresden installierte schliesslich solche Ampeln, deren grüne Phasen an die zu erwartende Fahrzeugkolonne geknüpft sind. Die Kunst bei dieser Lösung ist, die Menge an Fahrzeugen zu berücksichtigen, die noch zufahren werden. So

«Wer den Zugang zum Internet kontrolliert, entscheidet über unsere Freiheiten, also unsere Grundrechte. Daran ändert auch eine staatliche E-ID-Lösung nichts.»

kann vermieden werden, dass Autos oder Velos in der Stadt unnötig anhalten müssen. Luzern hat das System kürzlich getestet. Der Verkehr fliesst besser und die Reisezeiten sind kürzer. Zürich wollte jedoch am zentralen System festhalten. Die Stadt befürchtete, dass die selbstorganisierten Ampeln zu gut funktionieren und weiteren Verkehr anlocken könnten. Möglich, dass die Entscheidungsträger die Kontrolle nicht abgeben wollten.

Wie soll dieses selbstorganisierte System digital funktionieren? Das Netz ist viel komplexer als der Verkehr einer Stadt, wird von vielen und nicht nur von einer Leitzentrale kontrolliert.

Helbing: Das Prinzip bleibt dasselbe. Strassen haben nur begrenzte Kapazitäten. Vorhandene Ressourcen müssen flexibel und effizient genutzt werden. In der digitalen Welt ist das nicht anders. Im Gegensatz zum Verkehr wissen wir jedoch nicht, wer die digitale Welt steuert und mit welchen Absichten. Sind es soziale Ingenieure von Tech-Firmen oder von Geheimdiensten? Es braucht mehr digitale Transparenz und ein System, das es ermöglicht, dass jeder die Kontrolle über seine Daten und sein Leben behalten kann. Um das durchzusetzen, braucht es jedoch den Willen der Politik.

Tech-Firmen oder Konsortien werden nicht freiwillig auf ihre Macht verzichten. Wie erfolgreich sie lobbyieren, zeigt der lasche EU-Datenschutz.

Helbing: Die Politik ist den Bürgerinnen und Bürgern verpflichtet. Sie sollte die Zivilgesellschaft stärken, damit sie mehr Verantwortung übernehmen kann. Das macht ein Land auch gegen Krisen oder Katastrophen resilient. Denn künftig müssen wir uns auf mehr Katastrophen und weniger Ressourcen einstellen. Mir machen die Krisen jedoch weniger Angst als die Mittel, mit denen sie bewältigt werden. Nehmen wir die Pandemie. Der Staat hätte die Krise dezentral lösen, Hausärzte früher einbeziehen und die Zivilgesellschaft befähigen können, also früh Masken, Desinfektionsmittel und Tests an sie abgeben und die Schulen berücksichtigen. Statt die Bevölkerung als Teil der Lösung zu sehen, hat der Bund jedoch die Kontrolle übernommen und die individuellen Freiheiten beschränkt, obwohl er mangels Kapazitäten überfordert war. Er hat die Menschen vermeintlich übergeordneten Interessen unterworfen. Das darf sich nicht wiederholen.

Sind wir also ausgeliefert?

Helbing: Wir befinden uns mitten im Kampf um unsere Zukunft. Derzeit werden alle Mittel des Informationskrieges genutzt, darunter Fake News und Diffamierung. Hier ist der Staat, dort organisieren sich Bürgerinnen und Bürger. Die Zivilgesellschaft muss sich einmischen, wenn sich die Dinge zum Besseren wenden sollen. Dabei kommt auch dem Journalismus eine wichtige Rolle zu.

Geht der Zollverwaltung bald relevantes Wissen verloren?

Die Verwaltung wehrt sich gegen Kritik, wonach das neue Berufsbild letztlich Nachteile für die Wirtschaft bringe.

Reto Zanettin

BERN. Warenverzollung ist schwere Kost. Selbst der damalige Finanzminister Hans-Rudolf Merz wusste sich nur noch mit einem Lachanfall zu helfen, als er im Nationalrat über gewürztes Fleisch («Bündnerfleisch») sprach. Die Einzelheiten waren so kompliziert, dass Merz sagte, er habe bisweilen selbst nicht verstanden, was er gerade vorgelesen hatte. Die Antwort formuliert hatte wohl ein Experte aus dem Finanzdepartement.

Die Sache hat indes einen ernsthaften Hintergrund. Jede Ware wird im Zolltarif eingereiht und mit einer Nummer versehen. Die Zuordnung entscheidet über Zollsätze, Kontingente und darüber, welche nicht zollrechtlichen Bestimmungen gelten. Zu Letzteren zählen etwa Tierschutzvorschriften, Lebensmittelvorschriften, die Heilmittelgesetzgebung, Regeln zur Fahrzeugkontrolle und dergleichen. Wechselt die Zolltarifnummer, so wechseln auch die Zollsätze, die zulässigen Importmengen sowie die geltenden Regeln. Auf die Details kommt es an: Der Zollsatz für Herrenhemden aus Baumwolle beträgt 130 Franken pro 100 Kilogramm. 292 Franken werden für Hemden aus Kunstfasern erhoben. Wieder andere Zölle werden auf Damenblusen geschlagen.

Dass man sich in eine so komplex verästelte Materie nur mit viel Fleiss einarbeitet, liegt nahe. Was es braucht, erzählt ein Zollexperte. Sein Name ist den SN bekannt. Er möchte aber nicht genannt werden. Denn dies könnte für ihn als Mitarbeiter der Eidgenössischen Zollverwaltung (EZV) von erheblichem Nachteil sein, sagt er. Seine einjährige Grundausbildung umfasste die Warenkunde und -erkennung und schulte die Einreihung der Waren in die Zollnomenklatur. Auch rechtliche Aspekte wurden behandelt. Nach der Grundausbildung wurde das Wissen in der Praxis sowie in weiteren Schulungen vertieft. «Insgesamt erhielt ein Zollfachmann gut drei Jahre Aus- und Weiterbildung, bevor er sich Zollexperte nennen durfte.»

Zöllner wird es in Zukunft ebenso nicht mehr geben, wie es keine Grenzwächter im heutigen Sinne mehr geben wird. Im August startet die neu konzipierte Ausbildung «Fachspezialist/in Zoll und Grenzsicherheit». Sie dauert zwei Jahre. Nach den Basismodulen vertiefen sich die Aspiranten in einer der Fachrichtungen Waren, Personen oder Transportmittel.

Probleme für die Exportwirtschaft

Was Handelswarenkontrolle betrifft, werde die Ausbildung niemals mehr den Tiefgang erreichen wie jene bisheriger Zollfachleute, sagt der Zollfachmann. «Absolutes Spezialwissen wird unweigerlich mit dem Berufsstand verloren gehen.» Das habe Konsequenzen: Zentral bleibe etwa der Abgleich zwischen den tatsächlich transportierten Gütern und der Zollanmeldung. «An dieser Stelle braucht es Zöllner, welche die Waren begutachten und die Übereinstimmung mit der Zollanmeldung feststellen. Ohne hinreichende Ausbildung wird man Widersprüche zwischen der Handelsware und der Zollanmeldung nicht erkennen.»

Hinzu komme: «Mit dem Wegfall von spezialisiert und fundiert ausgebildeten Zollexperten werden Importeure und Exporteure verlässliche Ansprechpartner verlieren, die sie in der Zollabwicklung unterstützen.» Der Schweiz würden schliesslich die Experten fehlen und Handelstreibende könnten dann allenfalls noch auf Spezialisten unter sich oder auf die ausländischen Behörden zählen – «wohlgemerkt, dass Letztere kaum für rein schweizerische Bestimmungen Hilfestellung geben können werden.»

Der Exportwirtschaft drohe aufgrund des Know-how-Verlusts auch bei den Ursprungsbezeichnungen Ungemach. Von diesen hängt ab, ob ausländische Händler Schweizer Güter zollfrei in ihre Länder einführen dürfen oder doch einen Zollaufschlag bezahlen müssen. «Ein chinesischer Importeur kann Schweizer Produkte nur zollfrei nach China importieren, wenn ihre Schweizer Herkunft bestätigt ist. Letzteres ist Aufgabe der Zöllner», erklärt der Zollexperte. Gehe Wissen verloren, stünden

Exporteure vor einem Problem: «Ihre Ware wird unter Umständen zu Unrecht mit Zöllen belegt und folglich weniger nachgefragt.»

Was der Zollexperte erzählt, deckt sich mit der Einschätzung von Erik Jandrasits, Leiter Aussenhandel bei Scienceindustries, dem Verband der chemischen und pharmazeutischen Industrie sowie der Biotechnologie. «Wir befürchten, dass mit der Fusion der beiden Funktionen Zöllner und Grenzschützer zu einem uniformen Berufsbild das Expertenwissen und die Fachkompetenz verloren gehen.» Angesichts des hohen Schweizer Exportvolumens sei aber ein möglichst hindernisfreier grenzüberschreitender Warenverkehr wichtig. So argumentierte auch der Luzerner Ständerat Damian Müller (FDP), als das Thema in Bundesbern behandelt wurde. Er zeigte sich bezüglich des Gedächtnisses der Zollverwaltung skeptisch und fand: «Es geht hier nicht zuletzt um unseren Wohlstand, schliesslich verdient die Schweiz jeden zweiten Franken im Ausland.»

Fachwissen spiele auch in der Digitalisierung, welche die EZV-Geschäftsleitung anstrebt, eine Rolle, sagt Jandrasits. «Damit die Digitalisierung der Zollprozesse gelingt, braucht es Leute mit Expertenwissen, die Letzteres in den Informatiksystemen umsetzen können.» Der den SN bekannte Zollmitarbeiter teilt diese Auffassung. Digitale Anwendungen könnten zudem den händischen Abgleich von Waren und Begleitpapieren mit der Zollanmeldung nicht ersetzen. Überhaupt könne nicht digitalisiert werden, was schon digital ist. «Die Veranlagung und Analyse des Handelswarenverkehrs läuft heute schon digital ab. Es gibt daher kein zusätzliches Digitalisierungspotenzial, das die Aufhebung des Berufsbildes der Zollfachleute rechtfertigen würde», so der EZV-Angestellter.

Nicht Praxisrelevantes gestrichen

Anders argumentierte der Bundesrat in seiner Botschaft zum Transformationsprogramm Dazit. Die heutige Informatik sei veraltet und bestehe aus Insellösungen. Kurzum, die EZV arbeitet heute mit einem informa-

tionstechnologischen Flickenteppich. Eine umfassende Erneuerung sei angezeigt. Wirtschaft und Politik forderten bereits seit Jahren nutzerfreundlichere, effizientere Lösungen.

Auch die EZV selbst erklärt sich. Kontrollen werde es weiterhin geben, sagt Mediensprecherin Tabea Rüdin. Zwar erfolge die Warenanmeldung digital. Bei Grenzüberschritt werde sie automatisch erkannt und rechtsverbindlich. Die EZV entscheide dann aber risikobasiert, ob eine Kontrolle erforderlich sei. Spezialistenwissen werde nach wie vor gefragt und auch vorhanden sein. Die Spezialistenausbildung «befähigt zur Bearbeitung von komplexen oder seltenen Fällen». Die Überprüfung einer Zolltarifnummer gehöre künftig zur Basisausbildung. Musterentnahmen, mit der die Einreihung einer Ware in die Zolltarifnomenklatur fundiert begründet würden, seien Teil der Spezialisierung. «Sämtliche Kompetenzen der bisherigen Berufsbilder Grenzschützer/in beziehungsweise Zollfachmann/-frau finden sich im neuen Berufsbild der Fachspezialisten Zoll und Grenzsicherheit wieder», hält Rüdin fest.

Ein direkter Vergleich der Ausbildungen sei ausserdem schwierig. Rüdin begründet das so: Die Lernziele seien neu formuliert worden. «Dabei sind auch Rückmeldungen der Mitarbeitenden eingeflossen.» Was diese im Berufsalltag als nicht praxisrelevant oder zu umfangreich wahrgenommen hätten, sei weggekürzt worden. Zudem seien Methodik und Didaktik modernisiert worden. Neben Präsenzunterricht und Praktika könnten die angehenden Fachspezialistinnen zeit- und ortsunabhängig im Selbststudium lernen. Nach dem Abschluss stünden Weiterbildungen auf dem Programm. Ein Teil davon sei verbindlich. So gewährleiste die Zollverwaltung, dass Expertenwissen auch unter dem neuen Berufsbild langfristig erhalten bleibe. Die Umstellung der Zollprozesse trage ausserdem zur Wettbewerbsfähigkeit der Schweiz bei.

Erik Jandrasits möchte noch keine abschliessende Beurteilung vornehmen. «Wir beobachten die Situation aufmerksam.»

Bisher haben Zöllner Warenkontrollen übernommen. In Zukunft werden das Fachspezialisten Zoll und Grenzsicherheit machen. BILD KEY

